

Europäisches Übereinkommen über Personen, welche an Verfahren vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte teilnehmen

Abgeschlossen in Strassburg am 5. März 1996
Von der Schweiz unterzeichnet am 27. August 1998²
In Kraft getreten für die Schweiz am 1. Januar 1999
(Stand am 29. Juli 2003)

Die Mitgliedstaaten des Europarats,
die dieses Übereinkommen unterzeichnen,

im Hinblick auf die am 4. November 1950 in Rom unterzeichnete Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten³ (im Folgenden als «Konvention» bezeichnet);

im Hinblick auf das am 6. Mai 1969 in London unterzeichnete Europäische Übereinkommen über die an Verfahren vor der Europäischen Kommission und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte teilnehmenden Personen⁴;

im Hinblick auf das am 11. Mai 1994 in Strassburg unterzeichnete Protokoll Nr. 11 zur Konvention über die Umgestaltung des durch die Konvention eingeführten Kontrollmechanismus⁵ (im Folgenden als «Protokoll Nr. 11 zur Konvention» bezeichnet), mit dem ein ständiger Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (im Folgenden als «Gerichtshof» bezeichnet) errichtet wird, der die Europäische Kommission und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ersetzt;

in der Erwägung, dass es in Anbetracht dieser Entwicklung für die bessere Verwirklichung der Ziele der Konvention zweckmässig ist, dass den an den Verfahren vor dem Gerichtshof teilnehmenden Personen durch ein neues Übereinkommen, das Europäische Übereinkommen über die an Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte teilnehmenden Personen (im Folgenden als «dieses Übereinkommen» bezeichnet), bestimmte Immunitäten und Erleichterungen gewährt werden,

haben Folgendes vereinbart:

Art. 1

(1) Dieses Übereinkommen findet auf die folgenden Personen Anwendung:

- (a) alle Personen, die als Partei oder als Vertreter oder Berater einer Partei an einem Verfahren vor dem Gerichtshof teilnehmen;

AS 2000 1664

¹ Der französischen Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der entsprechenden Ausgabe dieser Sammlung.

² Ohne Ratifikationsvorbehalt.

³ SR 0.101

⁴ SR 0.101.1

⁵ SR 0.101.09

(b) Zeugen und Sachverständige, die auf Vorladung des Gerichtshofs am Verfahren teilnehmen, und andere Personen, denen der Präsident des Gerichtshofs Gelegenheit gibt, am Verfahren teilzunehmen.

(2) Für die Anwendung dieses Übereinkommen bezeichnet der Begriff «Gerichtshof» die Ausschüsse, die Kammern, einen Ausschuss der Grossen Kammer, die Grosse Kammer und die Richter. Der Begriff «am Verfahren teilnehmen» umfasst auch die Abgabe von Mitteilungen mit dem Ziel der Einreichung einer Beschwerde gegen einen Vertragsstaat der Konvention.

(3) Fordert das Ministerkomitee bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Artikel 46 Absatz 2 der Konvention eine in Absatz 1 dieses Artikels genannte Person auf, vor dem Ministerkomitee zu erscheinen oder ihm schriftliche Äusserungen zu übermitteln, so findet dieses Übereinkommen auf diese Person Anwendung.

Art. 2

(1) Die in Artikel 1 Absatz 1 genannten Personen geniessen Immunität von der Gerichtsbarkeit in Bezug auf ihre mündlichen oder schriftlichen Äusserungen gegenüber dem Gerichtshof sowie in Bezug auf Urkunden oder andere Beweismittel, die sie dem Gerichtshof vorlegen.

(2) Diese Immunität besteht nicht, wenn sie von Äusserungen gegenüber dem Gerichtshof oder von Urkunden oder Beweismitteln, die ihm vorgelegt worden sind, ausserhalb des Gerichtshofs Kenntnis geben.

Art. 3

(1) Die Vertragsparteien erkennen das Recht der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Personen auf ungehinderten schriftlichen Verkehr mit dem Gerichtshof an.

(2) Für Personen, denen die Freiheit entzogen ist, gehört zur Ausübung dieses Rechts insbesondere, dass

- a) ihre Korrespondenz ohne ungebührliche Verzögerung und ohne Änderung abzusenden und ihnen auszuhändigen ist;
- b) wegen einer auf ordnungsgemäsem Weg übersandten Mitteilung an den Gerichtshof gegen sie keinerlei disziplinarische Massnahmen ergriffen werden dürfen;
- c) sie berechtigt sind, in Bezug auf eine Beschwerde an den Gerichtshof oder ein daraus entstandenes Verfahren mit einem Anwalt, der vor den Gerichten des Staates auftreten kann, in dem ihnen die Freiheit entzogen ist, schriftlich zu verkehren und sich mit ihm zu beraten, ohne dass eine andere Person mithört.

(3) Bei der Anwendung der Absätze 1 und 2 ist ein Eingriff einer Behörde nur statthaft, soweit er gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen Sicherheit, zur Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten oder zum Schutz der Gesundheit notwendig ist.

Art. 4

- (1) a) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die in Artikel 1 Absatz 1 dieses Übereinkommens genannten Personen nicht zu hindern, sich frei zu bewegen und zu reisen, um am Verfahren vor dem Gerichtshof teilzunehmen und danach wieder zurückzukehren.
- b) Die Ausübung dieser Bewegungs- und Reisefreiheit darf keinen anderen Beschränkungen unterworfen werden als denen, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen oder der öffentlichen Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Sittlichkeit oder zum Schutz der Rechte der Freiheiten anderer notwendig sind.
- (2) a) Diese Personen dürfen in Durchgangsstaaten oder in dem Staat, in dem das Verfahren stattfindet, wegen Handlungen oder Verurteilungen aus der Zeit vor Beginn ihrer Reise weder verfolgt noch in Haft genommen noch einer sonstigen Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden.
- b) Jede Vertragspartei kann bei der Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme oder Genehmigung dieses Übereinkommens erklären, dass dieser Absatz auf ihre eigenen Staatsangehörigen keine Anwendung findet. Eine solche Erklärung kann jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation zurückgenommen werden.
- (3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, jeder Person, welche die Reise in ihrem Hoheitsgebiet angetreten hat, die Rückkehr in dieses Gebiet zu gestatten.
- (4) Die Absätze 1 und 2 werden nicht mehr angewendet, wenn die betreffende Person, nachdem ihre Anwesenheit vom Gerichtshof nicht mehr für notwendig gehalten wurde, fünfzehn aufeinanderfolgende Tage lang die Möglichkeit hatte, in das Land zurückzukehren, in dem sie ihre Reise begonnen hatte.
- (5) Bei einer Kollision zwischen Verpflichtungen einer Vertragspartei nach Absatz 2 und Verpflichtungen, die sich für sie aus einem Übereinkommen des Europarats oder aus einem Auslieferungs- oder sonstigen Rechtshilfevertrag in Strafsachen mit anderen Vertragsparteien ergeben, geht Absatz 2 vor.

Art. 5

- (1) Immunitäten und Erleichterungen werden den in Artikel 1 Absatz 1 dieses Übereinkommens genannten Personen nur gewährt, um ihnen die Redefreiheit und Unabhängigkeit zu sichern, die für die Wahrnehmung ihrer Funktionen, Aufgaben und Pflichten oder für die Ausübung ihrer Rechte gegenüber dem Gerichtshof erforderlich sind.
- (2) a) Nur der Gerichtshof ist zuständig, die in Artikel 2 Absatz 1 vorgesehene Immunität ganz oder teilweise aufzuheben; er hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Immunität in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach seiner Auffassung verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen die vollständige oder teilweise Aufhebung den in Absatz 1 dieses Artikels bezeichneten Zweck nicht beeinträchtigen würde.

- b) Der Gerichtshof kann die Immunität von Amts wegen oder auf Antrag einer Vertragspartei oder einer betroffenen Person aufheben.
- c) Entscheidungen, welche die Immunität aufheben oder die Aufhebung ablehnen, sind zu begründen.

(3) Bescheinigt eine Vertragspartei, dass die Aufhebung der in Artikel 2 Absatz 1 dieses Übereinkommens vorgesehenen Immunität für ein Verfahren wegen eines Angriffs auf die nationale Sicherheit erforderlich ist, so hebt der Gerichtshof die Immunität in dem in der Bescheinigung angegebenen Umfang auf.

(4) Wird eine Tatsache bekannt, die geeignet gewesen wäre, einen massgeblichen Einfluss zu haben, und die dem Antragsteller zu der Zeit unbekannt war, als die Entscheidung über die Ablehnung der Aufhebung der Immunität erging, so kann er bei/im Gerichtshof einen neuen Antrag stellen.

Art. 6

Keine Bestimmung dieses Übereinkommens darf als Beschränkung oder Aufhebung von Verpflichtungen ausgelegt werden, welche die Vertragsparteien auf Grund der Konvention oder der Protokolle dazu übernommen haben.

Art. 7

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats zur Unterzeichnung auf; sie können ihre Zustimmung, gebunden zu sein, ausdrücken,

- (a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder
- (b) in dem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen.

(2) Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

Art. 8

(1) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach dem Tag folgt, an dem zehn Mitgliedstaaten des Europarats nach Artikel 7 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, beziehungsweise an dem Tag, an dem das Protokoll Nr. 11 zur Konvention in Kraft tritt, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

(2) Für jeden Mitgliedstaat, der später seine Zustimmung ausdrückt, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach der Unterzeichnung oder der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

Art. 9

(1) Jeder Vertragsstaat kann bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde oder jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung dieses Übereinkommens auf einzelne oder mehrere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiete erstrecken, für deren internationale Beziehungen er verantwortlich ist oder für die er Vereinbarungen treffen kann.

(2) Für das oder die in einer Erklärung nach Absatz 1 bezeichneten Hoheitsgebiete tritt dieses Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach Eingang der Erklärung beim Generalsekretär folgt.

(3) Jede nach Absatz 1 abgegebene Erklärung kann in Bezug auf jedes darin genannte Hoheitsgebiet nach Massgabe des in Artikel 10 für die Kündigung vorgesehenen Verfahrens zurückgenommen werden.

Art. 10

(1) Dieses Übereinkommen bleibt auf unbegrenzte Zeit in Kraft.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation für sich kündigen.

(3) Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam. Sie bewirkt nicht die Entlassung der betreffenden Vertragspartei aus etwaigen Verpflichtungen, die aus diesem Übereinkommen gegenüber einer in Artikel 1 Absatz 1 genannten Person erwachsen sind.

Art. 11

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach seinen Artikeln 8 und 9;
- d) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Strassburg am 5. März 1996 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermassen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats beglaubigte Abschriften.

(Es folgen die Unterschriften)

Geltungsbereich des Übereinkommens am 17. Juli 2003

Vertragsstaaten	Ratifikation Unterzeichnet ohne Ratifikationsvorbe- halt (U)	In-Kraft-Treten
Albanien	26. Februar 2003	1. April 2003
Andorra	24. November 1998	1. Januar 1999
Belgien	29. Juni 2000	1. August 2000
Bulgarien*	31. Mai 2001	1. Juli 2001
Dänemark	28. August 1998	1. Januar 1999
Deutschland	11. September 2001	1. November 2001
Finnland	23. Dezember 1998	1. Februar 1999
Frankreich*	17. November 1998	1. Januar 1999
Georgien*	10. Mai 2001 U	1. Juli 2001
Irland	7. Mai 1999	1. Juli 1999
Island	4. November 1998	1. Januar 1999
Italien*	6. März 1998	1. Januar 1999
Kroatien*	2. Dezember 1999	1. Februar 2000
Liechtenstein*	21. Januar 1999 U	1. März 1999
Litauen	18. Februar 2003	1. April 2003
Luxemburg	12. März 1999	1. Mai 1999
Moldau*	8. November 2001	1. Januar 2002
Niederlande*	21. Januar 1997	1. Januar 1999
Aruba	21. Januar 1997	1. Januar 1999
Niederländische Antillen	21. Januar 1997	1. Januar 1999
Norwegen	12. Dezember 2001 U	1. Februar 2002
Österreich	10. Januar 2001	1. März 2001
Rumänien	9. April 1999	1. Juni 1999
Schweden	30. September 1998	1. Januar 1999
Schweiz*	27. August 1998 U	1. Januar 1999
Slowakei*	21. Mai 2003	1. Juli 2003
Slowenien	29. November 2001	1. Januar 2002
Spanien*	19. Januar 2001	1. März 2001
Tschechische Republik*	24. Juni 1998	1. Januar 1999
Ungarn*	1. April 1998	1. Januar 1999
Vereinigtes Königreich	9. November 2001	1. Januar 2002
Zypern	9. Februar 2000	1. April 2000

* Vorbehalte und Erklärungen

Vorbehalte und Erklärungen

Bulgarien

Die Republik Bulgarien erklärt, dass die Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens auf ihre eigenen Staatsangehörigen nicht anwendbar sind.

Frankreich

Anlässlich der Ratifizierung des Übereinkommens erklärt die Republik Frankreich, dass Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a auf inhaftierte Personen nicht anwendbar ist.

Für die Anwendung von Artikel 4 Absatz 1 müssen die ausländischen Staatsangehörigen, auf die sich Artikel 1 Absatz 1 des Übereinkommens bezieht, mit den für die Einreise nach Frankreich erforderlichen Reisepapieren ausgestattet sein und über die allenfalls nötigen Visa verfügen. Ausländer, die von französischem Territorium verwiesen wurden, müssen zusätzlich über ein sogenanntes Spezialvisum verfügen. Diese Visa werden innert kürzester Frist unter Vorbehalt der Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens von den zuständigen französischen Konsularvertretern ausgestellt.

Die Republik Frankreich erklärt, dass sie unter Berücksichtigung der Begriffe von Artikel 4 Absatz 4 Absatz 2 Buchstabe a dieses Artikels dahingehend interpretiert, dass dieser auf französischem Territorium auf Personen, die ihren gewöhnlichen Wohnsitz in Frankreich haben, nicht anwendbar ist.

Georgien

Gemäss Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b des Europäischen Übereinkommens erklärt die Regierung von Georgien, dass die Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a auf georgische Staatsbürger nicht anwendbar sind.

Italien

Im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b des Übereinkommens erklärt Italien, dass die Bestimmungen von Absatz 2 auf seine eigenen Staatsangehörigen nicht anwendbar sind.

Kroatien

Gemäss Artikel 4 Absatz 4 Buchstabe b des Übereinkommens, erklärt die Republik Kroatien, dass die Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a auf kroatische Staatsangehörige nicht anwendbar sind.

Liechtenstein

Das Fürstentum Liechtenstein erklärt, dass die Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a auf liechtensteinische Staatsangehörige nicht anwendbar sind.

Moldau

Auf der Grundlage von Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b erklärt die Republik Moldau, dass die Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a auf ihre Staatsangehörigen nicht anwendbar sind.

Die Republik Moldau erklärt, dass das Übereinkommen keine Anwendung findet für das Gebiet, das gegenwärtig von den Behörden der selbsternannten Republik Transnistrien kontrolliert wird, bis der Konflikt in dieser Region definitiv geregelt ist.

Die Republik Moldau behält sich das Recht vor, die Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a auf inhaftierte Personen nicht anzuwenden.

Niederlande

Das Niederländische Königreich anerkennt das genannte Übereinkommen für das Königreich in Europa, die Niederländischen Antillen und Aruba.

Schweiz

Aufgrund eines Übermittlungsfehlers konnte die Unterzeichnung des genannten Übereinkommens nicht mit der folgenden Erklärung des Schweizerischen Bundesrates versehen werden, die im Unterzeichnungsprotokoll gebührend berücksichtigt sein müsste.

«Die Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens finden keine Anwendung auf Schweizer Staatsangehörige, die in der Schweiz wegen eines schweren Verbrechens gegen den Staat, die Landesverteidigung oder die Verteidigungskraft des Landes verfolgt werden oder verurteilt wurden».

Slowakei

Die Slowakische Republik erklärt, dass die Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a hinsichtlich der Staatsbürger der Slowakischen Republik nicht anwendbar sind.

Spanien

Gemäss Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b des Übereinkommens erklärt das Königreich Spanien, dass die Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens auf seine eigenen Staatsangehörigen nicht anwendbar sind.

Tschechische Republik

Die Regierung der Tschechischen Republik erklärt, dass die Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens hinsichtlich der Staatsbürger der Tschechischen Republik nicht anwendbar sind.

Ungarn

Die Republik Ungarn erklärt hiermit gemäss Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens, dass sie sich das Recht vorbehält, die Bestimmungen von Absatz 2 Buchstabe a dieses Artikels auf ihre eigenen Staatsangehörigen nicht anzuwenden.

